

Die Synode leistete den Offenbarungseid

Die Synode hatte es bisher fertiggebracht, ein Mäntelchen der Fortschrittlichkeit zu bewahren. Allerdings war das gute Stück mit der Zeit schon etwas durchsichtig geworden. (Man erinnere sich an die jede Kritik meidenden Aussagen zur CSV: "Mit den Forderungen der Vorlage "Glaube und Politik" (Leitsatz 10) ist nicht die CSV gemeint, sondern jede mögliche christliche Partei", oder die apodiktische Feststellung derselben Vorlage, "die Synode möchte ihrerseits am Grundsatz festhalten, dass die Priester vom Staat bezahlt werden".) Völlig zerrissen ist das Mäntelchen seit den Debatten um die A-Vorlage der Kommission 7 über "den sozialen Auftrag der Kirche und der Katholiken Luxemburgs", die am 26.-27.3. und 18.-19.6.1977 in den 13. und 14. Vollversammlungen zur Diskussion standen.

Deutlicher als sogar ein strenger Marxist erwarten konnte, wurde dabei nämlich die Verbundenheit der meisten Synodalen mit dem lieben Geld. Eine kleine Minderheit hatte mehrere Anträge eingebracht, die alle, von verschiedenen Ausgangspunkten her, das kapitalistische Wirtschaftssystem als mit dem Evangelium unvereinbar in Frage stellen wollten. Sie wurden ohne Ausnahme abgelehnt oder ihrer Substanz beraubt. Und dies obschon alle mit kirchlichen Verlautbarungen begründet wurden.

Einige Beispiele solcher Anträge und synodaler Stellungnahmen und Abstimmungsergebnisse sollen zeigen, mit welcher durchsichtigen Argumenten die Synodalen ihre eigenen Interessen über ihre Pflicht zur evangelischen Armut setzten. Selbstverständlich geschah das nur selten "expressis verbis", oft bekannte man sich sogar mit viel Geschwafel zur katholischen Soziallehre, zur Armutsforderung, zur Sozialfunktion jeden Eigentums, zur Vorrangigkeit der Arbeit vor dem Kapital, usw., usw., aber sobald es um konkrete Forderungen aus diesen schönen Prinzipien ging, kneiften die Synodalen. Dann wurde meistens an die Füße appelliert, die auf dem Boden bleiben sollten. Geschont werden sollten mit diesen Appells zum Realismus meistens der eigene Geldbeutel.

Beispiel 1: Antrag 226

Die Ko 7 möge die "Erklärung... über Eigentum und Besitz" im Lichte der Forderungen der Gerechtigkeit (Leitsatz 11) und der "Widmung der irdischen Güter an alle Menschen" (GS 69) folgendermassen präzisieren:

** Solange es Menschen gibt, denen das Lebensnotwendige fehlt, ist es ungerecht mehr als das Notwendige zu besitzen.*

** Unter diesen Umständen darf die nach GS 71 geforderte "Verfüugungsmacht über äussere Güter" nur maximal so gross sein, dass sie "den unbedingt nötigen Raum für eine eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens des Einzelnen und seiner Familie" darstellt. Eine einseitige Interpretation dieses Satzes als gefordertes Minimum ist durch eine geeignete Formulierung zu verhindern.*

** Da dieses Recht auf eine (so begrenzte) Verfügungsmacht über äussere Güter aber jedem zusteht, wird eine umfassende Besitzumverteilung sowohl innerhalb der sog. reichen Nationen als auch zwischen den reichen und armen Nationen nötig sein. Die Ko 7 möge konkrete Vorschläge für eine solche Umverteilung sowie zur Verhinderung von "sozialwidrigem Benützen von Eigentum" machen.*

* Besitz darf demnach nie als Selbstzweck, sondern immer nur als Mittel betrachtet werden. Insbesondere das Streben nach immer mehr Besitz, das die Menschen unter den Zwang von falschen Bedürfnissen setzt und auch in den Massenmedien propagiert wird (Reklame!), ist zu verwerfen.

* Alle Abschnitte in der genannten "Erklärung..." in der Vorlage sind in diesem Sinne zu überarbeiten.

- Sag mir, wie kommt es, dass du reich bist?
 - Ich habe meine Güter geerbt.
 - Und von wem hat der Betreffende sie bekommen, der sie dir vererbt hat?
 - Von meinem Ahnen.
 - Und von wem hat sie dein Ahne bekommen?
 - Von seinem Vater.
 - Wenn du mehrere Generationen nach rückwärts durchgehst, kannst du mir beweisen, dass du ein Anrecht auf deine Güter hast? Nein, du kannst es nicht. Am Ursprung dieser Kette muss jemandem Unrecht geschehen sein. "Mein Vater" sagst du, "hat mir meine Güter übergeben". Aber von wem hat er sie bekommen? Von seinen Vorfahren? Irgendwo muss dies einen Anfang haben.
- Ist es nicht ein Uebel, dass jemand für sich allein die Güter genießt, die für alle da sind? Gehört nicht Gott die Erde mit allem, was sie umfaßt? Alles, was dem Herrn gehört, ist für den Gebrauch aller da.

Johannes Chrysostomus, Bischof
(314-417).

Begründet wurde dieser Antrag ausschliesslich mit Zitaten aus Texten der Kirchenväter (Ambrosius, Joh. Chrysostomus) und der sog. Katholischen Soziallehre (Mater et Magistra, 113; Populorum progressio, 22f; Gaudium et Spes, 69ff) und der französischen und brasilianischen Bischofskonferenzen, Texte, die der Leser auf den folgenden Seiten auszugsweise wiederfindet.

Statt dass sie dem Antragsteller ernsthafte Argumente entgegensetzten, unterstellten die Gegner ihm, er wolle ein kommunistisches Machtsystem an die Stelle der jetzigen "freiheitlichen" (kapitalistischen Un-)Ordnung setzen (siehe auch Auszüge S.16f.). Kein Wunder, wies doch schon das LW am 26.3.1977 darauf hin, dass "Populorum Progressio" bei seinem Erscheinen vor 10 Jahren als "Marxismus aus Rom" u.ä. bezeichnet worden war. Welche Phantasiearmut solche Unterstellungen offenbaren, sei nur am Rande vermerkt: als einzige Alternative zum Kapitalismus sieht man offenbar nur den Kommunismus moskauer Prägung!

Mit 84 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen wurde denn auch der Antrag abgelehnt. Wie hätte die Versammlung wohl abgestimmt, wenn man ihr den zitierten Auszug aus "Populorum progres-

sio" (Kasten S.15) ohne Quellenangabe vorgelegt hätte? (Und dabei ist nicht zu vergessen, dass auch die sog. kath. Soziallehre eine hoch-ideologische Funktion hat, die J.Jacoby (siehe S.17 unten) deutlichst, aber unbewusst demonstriert!)

Beispiel 2: Antrag 224

Die Ko 7 möge verdeutlichen, was der in Anschluss an GS 71 gebrauchte Ausdruck "eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens" (Vorlage S.15) bedeutet. In diesem Zusammenhang möge sie auch dem Materialismus und Konsumverhalten in der westlichen Industriegesellschaft einen Abschnitt widmen, der eine Befreiung der Christen von jedem Profitdenken und den Konsumzwängen fordert, zugunsten einer Entfaltung der wahren Bedürfnisse des Menschen.

Für die Vorlage bedeutet dies u.a. auch ein Hinterfragen der Ansicht, die Förderung der Vermögensbildung sei eine Aufgabe deren Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden könne.

Inspirieren kann sich die Ko 7 hierfür im "Zweiten Brief an das Volk Gottes" von Taizé.

Diesen Antrag nahm die Ko 7 zwar ohne Abstimmung an, "vergass" aber die konkreten Folgerungen: wie etwa in Bezug auf die Verantwortung der Massenmedien (Zwischenruf

von LW-Direktor A.Heiderscheid: "Dat sin eben Inflationenpräisser!" - Der Antragsteller hatte eben Sylvestermenüpreise von 1500 - 2000 F als unmoralisch bezeichnet. - In meinen Augen sind schon 300 - 400 F für ein Mittagessen "Inflationspreise"! oder die Möglichkeit von Gemeinschaftsbesitz an wenig benutzten Gütern (z.B. Auto, Waschmaschine in verschiedenen Haushalten.

Beispiel 3: Erklärung über Umweltprobleme

Auch im Arbeitspapier der Ko 7 über Umweltprobleme fehlten die konkreten Forderungen. Zu Recht wies sie auf die Gefahren der Rohstoffverknappung, Energievergeudung usw. hin, zog aber keine Schlüsse in Bezug auf das diese Gefahren verursachende Wirtschaftssystem, z.B. in Richtung Verlangsamung des Wirtschaftswachstums (s. Kästen S.18). Man ist bereit, anzuklagen, aber nicht bereit die notwendigen Umstellungen in Kauf zu nehmen. Ein ARBED-Ingenieur beschwor gar das Gespenst der Arbeitslosigkeit (s. unten, S.18)!

Dasselbe gilt bei

Beispiel 4: Antrag 227

Bei den Appellen zur Entwicklungsarbeit möge die Ko 7 (nach einer vertieften Analyse der Ursachen der Abhängigkeit der Dritten Welt) ein wichtiges Augenmerk auf die strukturverändernden Massnahmen richten, ansonsten die geforderte "Entwicklungshilfe" kaum wirksam werden kann.

So ist darauf zu drängen, dass die Länder der Dritten Welt eine arbeitsintensive Industrie und Landwirtschaft aufbauen, die auf einen breiten Binnenmarkt statt auf die den harten Gesetzen der Konkurrenz unterliegende Weltwirtschaft ausgerichtet sind. Sie sollten sich insbesondere an die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Massen in den armen Ländern orientieren und so die gesamte Bevölkerung am wirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen lassen.

Daraus ergibt sich für uns industrialisierte Völker die Notwendigkeit, auf einen Export unserer hochtechnisierten und viel Geld voraussetzenden Produktionsweisen zu verzichten und bereit zu sein, unser Wirtschafts- und Wohlstandswachstum zu verlangsamen.

Stein des Anstosses war natürlich wieder Absatz 3 dieses Antrages (s. unten, S.19f). Die Ko 7 bezeichnete sich als "überfordert", der ARBED-Ingenieur warnte, ein solcher Antrag bedeute Hunger für uns westliche Nationen, also reinste Selbstvernichtung! Die augenblickliche Lage wollte man nicht sehen, Massnahmen, die allein imstande wären, eine echte, weltweite Reichtumsumverteilung vorzunehmen, wurden verpönt. "Gerechtigkeit statt Almosen" wird ein frommer Wunsch bleiben ohne Konsequenzen fürs Wirtschaftssystem, d.h. für den eigenen Geldbeutel! Der Antrag wurde mit 65 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen verworfen. Gespannt darf man sein, was die Ko 7 aus Antrag 214.8b machen wird, der für "glaubwürdige Christen" einen "Wandel ihrer Lebensverhältnisse" verlangt, "der auf Verzicht auf Wohlstand hinausläuft" und von der Ko 7 konkrete Beispiele im Sinne der "2^e Lettre au peuple de Dieu" von Taizé (cf. "forum" Nr.11+13/77) fordert.

Beispiel 5: Antrag 221

In der Erklärung über die Probleme der Wirtschafts- und Arbeitswelt möge die Ko 7 klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Arbeit des Menschen allen andern Wirtschaftsfaktoren (inkl. Kapital) nicht nur ebenbürtig, sondern historisch und wirtschaftlich vorausgehend und moralisch überlegen ist. Zu Recht fordern daher die Arbeiter, dass alle Produktion letzten Endes ihnen als deren Urhebern gehöre, einschliesslich der Gewinne und der Produktionsmittel, da sie durch ihre Arbeit zustande kamen. Alle diesem Gedanken widersprechende Überlegungen der Vorlage sind entsprechend neuzuformulieren (insbes. e + f der "Erklärung...").

Dass dieser Antrag auf Ablehnung gestossen ist, dürfte nach allem Vorhergesagten nicht verwundern. Auch der Vorwurf des Kryptomarxismus fehlte selbstverständlich nicht, obschon die Antragbefürworter sich einig wussten etwa mit den brasilianischen Bischöfen (s. Kasten S. 19). Dass die Haltung der Vorlage - und der Synodenmehrheit - aber mindestens genauso ideologieträchtig ist, ist den wenigsten bewusst, und würde auch heftig abgestritten werden. Beim Antrag 231, der auf "die Vieldeutigkeit eines 'C' im Namen einer Gewerkschaft" hinwies, wurde das denn auch eifrig getan, der Antragsteller aber als "Nestbeschmutzer" beschimpft.

Diese Synodalen fühlen sich natürlich über jede Kritik erhaben. Einen Christen, der ihre Ideologie hinterfragt, verstehen sie überhaupt nicht, denn sie sprechen eine völlig andere Sprache. Eine totalitäre Sprache, denn wer sich ihrer bedienen würde, müsste jede kritische Haltung aufgeben. Demokratie, Infragestellung, "Umkehr" sind leere Worte, die man als solche aber sehr gern und oft gebraucht. Doch wer sie mit konkretem Inhalt füllen will, zerstört das ideologische Gebäude, wird zum Ketzer, zum "Totengräber des Christentums" wie es einmal hiess.

Was diese Leute wirklich wollen, wurde ein letztes Mal deutlich beim harmlosen Antrag 244c, der die "Beteiligung der Insassen an der Verwaltung" von Migrantenwohnheimen als auch auf kircheneigene Heime zutreffend verstanden wissen wollte. Die Synodalen lehnten mit 30 Nein-Stimmen und 31 Enthaltungen, bei nur 60 Ja-Stimmen ab! Abbé Jean Leyder meinte am Rednerpult: "(Di Diskussioun heibannen)gët mir e ganz ongutt Gefill... Ech hu nach bal nie esou eng latent Agressivitéit heibanne gespiirt. Grad well hei radikal Fuerderungen gestallt si gin, di ménger Meenung no matt deem, wat d'Evangelium wëllt, ganz gutt ze vereinbare sin. Ech bréngen se och nit fäerdeg, hun also gur keng Déngen fir et hei ze son. Wat am Evangelium vu konkreter Nachfolge steet, och wat dat u chrëschtlicher Aarmut fir jidferen vun eis matt sech bréngt, an nit nëmme fir deem aneren ze hëllef, Aarmut dat eng chrëscht-

... Wenn aber die Erde da ist, um jedem die Mittel für seine Existenz und seine Entwicklung zu geben, dann hat jeder Mensch das Recht, auf ihr das zu finden, was er nötig hat. Das Konzil hat dies in Erinnerung gerufen: "Gott hat die Erde mit allem, was sie enthält, zum Nutzen für alle Menschen und Völker bestimmt; darum müssen diese geschaffenen Güter in einem billigen Verhältnis allen zustatten kommen, dabei hat die Gerechtigkeit die Führung, Hand in Hand geht mit ihr die Liebe." Alle anderen Rechte, ganz gleich welche, auch das des Eigentums und des freien Tausches, sind diesem Grundgesetz untergeordnet. Sie dürfen seine Verwirklichung nicht erschweren, sondern müssen sie im Gegenteil erleichtern. Es ist eine ernste und dringende soziale Aufgabe, alle diese Rechte zu ihrem ursprünglichen Sinn zurückzuführen.

"Wer die Güter dieser Welt hat und seinen Bruder Not leiden sieht und sein Herz gegen ihn verschliesst, wie soll da die Liebe Gottes in ihm bleiben?" Es ist bekannt, mit welcher Entschiedenheit die Kirchenväter gelehrt haben, welche Haltung die Besitzenden gegenüber den Notleidenden einzunehmen haben: "Es ist nicht dein Gut", sagt Ambrosius, "mit dem du dich gegen den Armen grosszügig erweist. Du gibst ihm nur zurück, was ihm gehört. Denn du hast dir nur herausgenommen, was zu gemeinsamer Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen". Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht. Niemand ist befugt, seinen Ueberfluss ausschliesslich sich selbst vorzubehalten, wo andern das Notwendigste fehlt. "Das Eigentumsrecht darf nach der herkömmlichen Lehre der Kirchenväter und der grossen Theologen niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden".

Populorum Progressio 22, 23

Iech Valeur fir sech as, wi et am Evangelium steet. An ech gesi gur nit an, wéi ee ka soen: "Mir kënne roueg eise Wuelstand halen, wann di aner hire Wuelstand och hun, da kënne mir roueg am Floribus liewen." Dat schéngt mir am Evangelium nit ze stoen; dat wat eiser Här Jesus do seet an eis viirgeliewt huet, dat as eppes Aneshtes. All Kéier wann heibannen iwer Prestigeausgaben, iwert eng radikal Sprooch di soll gebraucht gin, iwert den Ennerscheid téscht deem wat ech gin aus Überflusse oder aus Substanz, oder dat Wuert 'Wuelstand', wu da gespillt gët dermatt, wat dat kinnt heeschen a wat nit, dat schinge mir - ech soen iech dat ganz éierlech, 't as méng Meenung - Ausfliichten ze sin, well mir nit bereet sin, jidferee perséinlech - ech huele mech mat an -, jidferee perséinlech vun eis, fir radikal Konsequenzen vum Evangelium drauszezéien. Do steet: 'Geh hin, verkaufe alles, dann folge mir (. .)' Man lese nach: Markus, 10. Kapitel, 17.Vers u.f. g.